

Sabine Riedel: Die Erfindung der Balkanvölker. Identitätspolitik zwischen Konflikt und Integration, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005, 386 Seiten.

Rezensiert von
Daniel Grabic, Leipzig

Sabine Riedel unternimmt in ihrer Habilitationsschrift den Versuch, zehn aktuelle ethnische Konflikte auf dem Balkan in ihrer Entstehungsgeschichte nachzuzeichnen und auf die Frage hin zu untersuchen, welche Formen von Identitätspolitik zu diesen so von ihr bezeichneten Identitätskonflikten geführt haben. Erklärtes Ziel der Studie ist es, dafür eine mögliche Konfliktlösung aufzuzeigen. In Anlehnung an Benedict Andersons „Imagined Communities“ entwickelt die Autorin zunächst ihre Vorstellung von kultureller Identität als gesellschaftlicher Konstruktion (S. 24 ff.), um schwerpunktmäßig auf das Handeln und die Verantwortung der jeweiligen Eliten – also die Konstrukteure oder „Mit-Erfinder“ zahlreicher Völker Südosteuropas – hinweisen zu können. Damit definiert die Autorin Identitätspolitik nicht als eine „bloße spontane Äußerung von Identitätsbewusstsein einer bestimmten Gruppe Menschen“, sondern vor allem als ein zielgerichtetes, handlungsorientiertes und interessengebundenes Politikfeld (S. 21). Ergebnis dieser Vorarbeit ist ein interessanter Ansatz für eine vergleichende politische Kulturforschung (S. 45 ff.), der konstruktionstheoretische Ansätze ver-

schiedener Fachrichtungen zusammenzuführen versucht. Derart ausgestattet sieht sich die Autorin in die Lage versetzt „selbst die komplizierten ethnisch-nationalen Identitäten zu dekonstruieren und auf diesem Weg einen Bewußtwerdungsprozess in Gang zu setzen, der Konfliktlinien aufbricht und nicht bestätigt.“ (S. 45) Zu Recht erkennt die Autorin, dass ihr Vorhaben – begonnen mit der Dekonstruktion von Identitätsbewußtsein – eines „fächerübergreifenden¹ Herangehens [bedarf], das spezielle Fachkenntnisse erfordert und von daher für den einzelnen Forscher oftmals sehr arbeitsintensiv ist.“ (S. 46). Dennoch versucht die Autorin genau dies in nun gleich zehn Fällen zu leisten. Die auch ihrer eigenen Meinung nach eigentlich nötige Arbeitsintensivität ihres Vorhabens scheint sie dabei unterschätzt zu haben. Davon zeugt bereits ihre Herangehensweise an die gewaltige sprachliche Herausforderung – für eine umfassende Bearbeitung einer derart breit angelegten Studie wäre schließlich die doch zumindest passive Beherrschung von acht Sprachen nötig: „Dort, wo die einzelsprachliche Kompetenz der Autorin nicht mehr ausreichte, kam ihr die sprachwissenschaftliche Ausbildung zugute, welche durch Konsultation mit Länderspezialisten ergänzt wurde.“ (S. 22) Was von solcherart Problemlösung zu halten ist, wird leider bereits im ersten beschriebenen Identitätskonflikt² deutlich: Begleitet von einer allgemeinen Ungenauigkeiten bzw. Unkenntnis im Bezug auf historische Gegebenheiten und Umstände auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien im Allgemeinen und Bosnien-Herzegowina im Besonderen kommt die Autorin beispielsweise zu der phantastischen Annahme, dass bereits eine andere

Handhabung der Nationsbezeichnung für die bosnischen Muslime seit den 1960er Jahren eine von Sprache und Religion unabhängige bosnische Identität hätte entstehen lassen können, welche letztendlich in der Lage gewesen wäre den Nationalismus der kroatischen und serbischen Bewohner Bosniens zu überwinden, so dass „der Prozess der Staatsbildung der Republik Bosnien-Herzegowina [...] höchstwahrscheinlich nicht von solchen gewaltsamen Auseinandersetzungen begleitet worden [wäre].“ (S. 56)

Die mangelnde „einzelsprachige Kompetenz“ und vermutlich auch die Konsultation einer unzureichenden Anzahl von Länderspezialisten führt denn auch nach der Betrachtung dieses Konfliktes folgerichtig zur folgenden Feststellung: „Daher kann es eigentlich nicht verwundern, dass sich trotz der internationalen Unterstützung bislang keine nationale Identität bezogen auf den bosnischen Gesamtstaat entwickeln konnte. [...] Eine bosnische Identität nach dem Kriterium der Staatsangehörigkeit, die ein auf das politische System bezogenes, alternatives Nationskonzept für den bosnischen Gesamtstaat darstellen könnte, existiert derzeit nicht und wird bislang auch von der UN-Verwaltung nicht als politisches Instrument zur Integration aller ethnischen Gruppen entwickelt. [...] Als großes Hindernis erwies sich bislang die Dayton-Verfassung, die trotz des demokratischen Rahmens das alte Modell der drei Nationen aus der Tito-Ära zusammen mit seinem ethnischen Proporz in Politik und Verwaltung festschreibt“ (S. 67 f.) Dass Bosniaken, Kroaten und Serben zehn Jahre nach einem blutigen Krieg keine gemeinsame nationale Identität entwickelt haben, kann

tatsächlich nicht verwundern – dafür aber die UN-Verwaltung und die Dayton-Verfassung verantwortlich machen zu wollen geht an den Realitäten vorbei. Dieses Zitat verdeutlicht nicht nur das Ausmaß der Fehleinschätzungen, denen die Autorin unterliegt, sondern nimmt auch das Lösungsrezept vorweg, das sie nach ihrem gesamten Balkanexkurs gewonnen zu haben meint, und welches sie im fünften Kapitel (Identitätspolitik zwischen Universalismus und Partikularismus) entwickelt.

Entscheidend ist für die Autorin zunächst, dass „die Ereignisse in Südosteuropa nicht nur extreme Entgleisungen von Konfliktparteien darstellen, die von den EU-Zentralen [...] weit weg sind.“ (S. 287) Vielmehr betont die Autorin die Mitschuld der „EU-Zentralen“, bzw. der (westlichen) internationalen Gemeinschaft, der sie vorwirft „konkret eine Politik der Trennung von zusammenlebenden ethnischen Gruppen und somit faktisch das Konzept des ethnisch „reinen“ Nationalstaats [zu verfolgen]. Dies ignoriert jedoch das politische Nationskonzept einer kulturpluralistischen Gesellschaft [...].“ (S. 288)

Im Verlauf der folgenden Diskussion über die Universalität von Menschen- und Minderheitenrechten und der im Laufe der Zeit daraus erwachsenen partikularistischen Minderheitenpolitik in Teilen Europas kommt die Autorin auf das Konzept eines hierarchischen Kulturalismus in Form einer „Leitkultur“ zu sprechen, welches sie dem (EU-) Konzept des „(Multi-) Kulturalismus“ entgegenstellt, das sich „ausschließlich um die Herstellung getrennter ethnischer Loyalitäten, nicht aber um die Integration von Minderheiten, d. h. um das interethnische Zusammenleben und den Erhalt der Mehrsprachigkeit

[sorgt].“ (S. 311). die Autorin sieht demnach die Lösung in einer wie auch immer gearteten, für den jeweiligen Gesamtstaat geltenden und alle Bürger integrierenden „Leitkultur“. Gemäß dem Konzept des „hierarchischen Kulturalismus“ sollen aber neben (oder besser: unter) dieser „Leitkultur“ auch andere „Kulturen“ bestehen bleiben dürfen. Auf Seite 312 erklärt die Autorin schließlich in erstaunlicher Realitätsferne, wie dies zu erreichen wäre. Ihr Katalog „umfaßt u. a. einen gemeinsamen Schulunterricht für Kinder unterschiedlicher ethnischer Identitäten. [...] Unter den Bedingungen einer interethnischen Erziehung kann das kulturpluralistische Milieu einer Gesellschaft erhalten bleiben und damit auch in jedem Fall der Integrationsprozeß von ethnischen Minderheiten voranschreiten. Schließlich dürfte es für eine mehrsprachige Gesellschaft kein Problem sein einzusehen, dass schließlich eine Sprache als offizielle Amtssprache der gemeinsamen Kommunikation dienen sollte.“

Dieser Appell an die Vernunft bzw. „Einsicht“ der betroffenen Menschen verdeutlicht das ganze Dilemma dieser Arbeit – es stellt sich nämlich die Frage, was denn zu tun wäre für den Fall, dass sich solcherart Einsichten nicht in ausreichendem Maße verbreiten und sich der „Identitätskonflikt“ nicht im allgemeinen Wohlgefallen auflöst.

Damit stellt sich die Frage nach der Relevanz dieser Arbeit insgesamt, und wer das Vorwort Erhard Fondrans aufmerksam gelesen hat, wird diese Frage (im Nachhin-

ein) schon am Anfang beantwortet sehen: „Die vorliegende Arbeit kann als ausgesprochen gelungen gelten und sie wird mit Sicherheit die wissenschaftliche Debatte voranbringen.“ (S. 12) Dies ist durchaus denkbar, aber auch nur unter der Bedingung, dass vorher die Frage geklärt wird, „welcher politische Akteur diese Weichenstellung vornehmen und durchsetzen soll.“ Interessant auch die nicht ganz unwichtige Frage, aus welchen Gründen die politischen Eliten in Südosteuropa ihr Verhalten ändern sollten? (S. 13) Warum also sollten die Einsichten sich einstellen, die Frau Riedel so vehement fordert.

Was die Autorin als Lösung propagiert, wäre eigentlich erst der wünschenswerte Ziel-Zustand – über den Weg dorthin trifft ihre Studie jedoch keine weitreichende Aussage.³

Anmerkungen:

- 1 Die Autorin nimmt Bezug auf zahlreiche Arbeiten mit konstruktionstheoretischem Ansatz aus den Bereichen der Soziologie, der Philologie und anderen Wissenschaftsbereichen wie der Nationalismusforschung und der Bevölkerungswissenschaft.
- 2 Dem serbisch-kroatisch-muslimisch/bosniakischen Identitätskonflikt. Eine etwas irreführende Bezeichnung, da es einen vom „serbischen-“ und „kroatischen-“ unabhängigen muslimisch-bosniakischen Identitätskonflikt gibt, der aber mit der „Ausbreitung“ bosniakischer Identität auf die slawisch-muslimische Bevölkerung außerhalb Bosniens zu tun hat. Insgesamt ist die Bezeichnung „Identitätskonflikt“ ohnehin zu weit gefasst.
- 3 Siehe dazu auch S. Riedel, *Regionaler Nationalismus. Aktuelle Gefahren für die Europäische Integration*, Berlin 2006.